

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/109: 28.02.1995 – 06.04.1995

Februar 1995

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (8/1995) berichtet im Februar 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Inständig bat ein amerikanischer Rezensent: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht."

Ginge es nach dem Willen des Piper-Verlages, wird das deutsche Publikum gar nicht erst in Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Ende vergangener Woche stoppte er die Auslieferung von John Sacks "Auge um Auge".

Es geht darin nicht, wie der neue Untertitel der jetzt zurückgezogenen deutschen Ausgabe scheinbar unverfänglich verhieß, um "eine Parabel über Gewalt", sondern um eine regional und zeitlich genau fixierte Gewaltgeschichte: die Racheaktionen von Überlebenden des Holocaust an Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten Oberschlesiens im Jahre 1945.

Über dieses Thema ist im Nachkriegsdeutschland aus verständlichen Gründen wenig geredet worden. Auch heute noch setzt sich, wer darüber schreibt, schnell dem Verdacht aus, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen. Das darf jedoch nicht daran hindern, dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte nüchtern, ohne den falschen Zungenschlag des Aufrechnens zu beschreiben und es begreifbar zu machen als eine Nachwirkung jener Orgie aus Krieg und Vernichtung, mit der Nazideutschland große Teile Europas überzogen hatte.

Daß dies möglich ist, hat Helga Hirsch in einem "Zeit-Dossier" (49/1994) über den jüdischen Lagerkommandanten von Schwientochlowitz, Solomon Morel, gezeigt. John Sack, dessen Buch den Anstoß zu diesem Dossier gab, ist dem Thema nicht gewachsen. Gewiß, er hat fleißig recherchiert; die Liste seiner Interviewpartner und der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen Aussagen ehemaliger deutscher Lagerinsassen ist imponierend lang. ...

Für den Leser ist nicht erkennbar, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft.

Noch fragwürdiger als die Methode ist die Art der Darstellung. Sack berauscht sich an den Gewaltexzessen. Geradezu lustvoll malt er immer wieder aus, wie jüdische Aufseher deutsche Häftlinge folterten und zu Tode brachten. An eher versteckter Stelle, im kleingedruckten Anmerkungsstück, verwahrt er sich gegen die Absicht, diese Grausamkeiten mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzen zu wollen, und im Vorwort erklärt er ausdrücklich: "Dies war kein Holocaust oder dessen moralisches Äquivalent."

Doch sein gesamtes Szenario läuft auf diesen einen Punkt zu: Die Juden in Diensten der polnischen Staatssicherheit haben Gleiches mit Gleichem vergolten; sie haben sich nicht anders verhalten als die SS-Schergen, ja eigentlich waren sie noch schlimmer, weil sie im Unterschied zu diesen nicht leidenschaftslos und auf Befehl mordeten, sondern ungehemmt ihre Rachebedürfnisse auslebten.

Fragt sich nur, was einen amerikanischen Reporter jüdischer Herkunft dazu bringt, ein solches Elaborat in die Welt zu setzen. Ist es Antisemitismus, wie gemutmaßt wurde, oder der unbe-

wußte Wunsch, die Opferidentität umzukehren? Oder einfach nur Sensationslust?

Wie auch immer: Die neue Leitung bei Piper (seit kurzem im Besitz der schwedischen Bonnier-Gruppe) hat richtig entschieden, als sie das Buch zurückzog. Denn der Verlag, der unter anderem das Werk Hannah Arendts betreut, hat noch einen guten Ruf zu verlieren. Es gibt genügend deutschsprachige Verlage, für die das nicht gilt.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 veröffentlicht im Februar 1995 eine Publikation des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (x853/...): >>**Jetzt Schlußstrich und "Versöhnung?"**

Immer von neuem und verwirrend wird die Diskussion um die Beendigung dessen geführt, was nach Meinung mancher noch gar nicht recht begonnen hat: die Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes.

Es handelt sich dabei um drei Ebenen:

1. Bei der von bestimmten Politikern und Kirchenleuten geforderten Amnestie geht es um einen strafrechtlichen Begriff. Straftaten sollen vergeben, also nicht mehr verfolgt werden. Doch fragt sich: Nur die, die von SED- und Staatsfunktionären im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit begangen wurden? Oder nur die "minderschweren" Straftaten dieser Art? Welche sind das? Klare Antworten auf diese Fragen höre ich nicht.

2. Die zweite Ebene ist die Frage des Umgangs mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Dabei geht es nicht um eine "Ausgrenzung" aus der Gesellschaft, sondern lediglich um die Frage, ob solche ehemaligen Mitarbeiter zur Zeit ein politisches Mandat ausüben und im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen.

Sollte über die DDR-Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werden?

3. Die dritte Ebene ist die Bewertung der DDR-Vergangenheit: War die DDR ein normaler Staat wie andere auch oder war sie ein Unrechtsregime? Oft wird die Schlußstrich-Debatte religiös verbrämt geführt. Man spricht von "Versöhnung" oder auch "Aussöhnung".

Doch wie geschieht Versöhnung im christlichen Sinne? Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott ist durch die Sünde des Menschen gestört. Der Weg zur Versöhnung beginnt mit der Einsicht der Schuld. Es folgt das Schuldbekenntnis und das Bereuen der Schuld. Erst darauf folgt die Vergebung, die die Versöhnung bewirkt.

Zwischen Menschen kann das nicht anders sein. Aber wo bekennen sich die für das Unrecht in der DDR Verantwortlichen bisher zu ihrer Verantwortung? Erleben wir nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Selbstrechtfertigungen? Versöhnung verordnen, das kann nicht zum Ziele führen, weil das Ringen um Wahrhaftigkeit umgangen wird.

Die Gründe für die mit Vernebelung geführte Amnestie-Debatte liegen auf der Hand:

1. Von seiten starker Kräfte innerhalb der SPD wird die Absicht verfolgt, die PDS koalitionsfähig zu machen, weil sie zum Regieren gebraucht wird. Daß die PDS die SED war, stört dabei nur.

2. Die meisten der Persönlichkeiten, die jetzt für Amnestie eintreten, haben die DDR und das sozialistische Experiment, deren Objekt wir waren, schon immer zumindest interessant gefunden. Die Wahrheit über das SED-Regime stellt daher die eigene Haltung in Frage. SED-Größen, bei denen man um Audienzen gebuhlt hat, jetzt als Straftäter zu sehen, tut weh.

3. Wenn ein führender Kirchenmann und jetziger Politiker unbestritten über Jahre intensiv konspirative Gespräche mit der Staatssicherheit geführt hat und weiter unangefochten im Amt bleibt, erscheint es zwingend, auch z.B. einem Lehrer dies zu ermöglichen.

Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/1990!

4. Es fällt auf, daß oft dieselben, die die mangelnde Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit beklagen, jetzt für einen Schlußstrich nach 1990 votieren. Ist das Leid der unberechtigt eingesperrten, mißhandelten, beruflich und gesellschaftlich diskriminierten und um ihr Hab und Gut gebrachten Opfer in der DDR deshalb geringer zu werten, weil diese Diktatur Juden nicht

systematisch vernichtet hat? In den Nachwehen des Historikerstreits scheut man den Vergleich der Diktaturen, der ja keine Gleichsetzung bedeutet.

Ein Kern unserer Revolution von 1989/90 war das Ringen um Wahrhaftigkeit und um Friedlichkeit. Wir wollten nicht, daß den Verantwortlichen der DDR unrechtmäßig auch nur ein Haar gekrümmt würde. Sie sollten rechtsstaatlichem Strafrecht zugeführt werden. Das geschieht; es werden Straftaten, nicht politische Handlungen verfolgt.

Wenn Richard von Weizsäcker jetzt sagt: "Das Strafen muß ein Ende finden", so frage ich: Hat es denn je richtig begonnen? Sind unsere Gefängnisse gefüllt mit SED-Tätern? Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/90, das Bemühen um Wahrhaftigkeit! ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 berichtet ferner im Februar 1995 über das Buch "Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?" des deutschen Historikers Jürgen Schreiber (x853/...): >>**Geschichtsfälschungen und Desinformationen ...**

Der promovierte Jurist und ehemalige Luftwaffengeneral (Jürgen Schreiber) wurde durch über 1.000 Veröffentlichungen vor allem in Soldatenkreisen bekannt. Sein letztes Buch ("Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?") erscheint geradezu maßgeschneidert zum Gedenkjahr des Kriegsendes und 50jährigen "Jubiläums" der "Vergangenheitsbewältigung".

In einer Zeit gezielter Desinformation vermag es vorurteilsfreien Lesern zu vermitteln, wie ein junger Mensch die Hitlerzeit erlebte. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann schrieb:

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden." ...

Es ist kaum allgemein bekannt, daß Theodor Heuß, der erste Präsident der Bundesrepublik, bereits 1931, also vor der "Machtergreifung" Hitlers, die These vertrat, die Geburtsstätte des NSDAP sei nicht München, sondern Versailles. Ohne Kenntnis der Vorgeschichte zum Dritten Reich ist der rasante Aufstieg Hitlers, nicht zuletzt mit massiver ausländischer Finanzhilfe, nicht zu verstehen.

Hinzu kamen unbestreitbare Erfolge Hitlers, die wiederum durch Zugeständnisse des Auslands ermöglicht wurden, die man den demokratischen Vorgängern des "Führers" verweigert hatte. Bei der Überfülle heutiger Informationsmöglichkeiten ist der Nachkriegsgeneration kaum vorstellbar, daß im Dritten Reich die Presse weitgehend gleichgeschaltet war und die einseitige Propaganda durch das neu aufgekommene Massenmedium Rundfunk (Volkempfänger!) dem Durchschnittsbürger keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bot.

Dagegen gibt es in unseren Tagen, da nicht wenige Linke fleißig in Desinformation machen, genügend Möglichkeiten, sich anhand unabhängiger Publikationen ein selbständiges Urteil über das Zeitgeschehen zu bilden.

- Es ist weitgehend unbekannt und wird auch von den Medien durchweg verschwiegen, daß sich höchste angloamerikanische Politiker wie Expräsident Hoover, Churchill und Lloyd George äußerst positiv über Hitler äußerten. Letzterer, immerhin auch einmal Premierminister, bezeichnete Hitler 1936 als "größten lebenden Deutschen". Ist es da vor allem jungen Menschen zu verdenken, daß sie sich für den "Führer" begeisterten?

Es trifft zu, daß zumindest die Erwachsenen von der Existenz der Konzentrationslager wußten. Dachau vor allem war ein Begriff. Aber abgesehen von einem unbestimmten Grauen wußte niemand so recht, wie es dort zuging. Ehemalige Häftlinge schwiegen aus Furcht, wieder an den Ort des Schreckens zu kommen.

Von Massentötungen wußten die meisten tatsächlich überhaupt nichts, zumal diese nach über-

einstimmenden Aussagen von Tätern und Opfern unter größter Geheimhaltung erfolgten. Die Behauptung linker "Antifaschisten", die Geburtsjahrgänge 1928 und älter gehörten der "Auschwitzgeneration" an, ist eine durch nichts zu belegende üble Verleumdung. Namen wie Auschwitz, Treblinka oder Maidanek waren in der Bevölkerung völlig unbekannt, während Stalingrad und später Dresden als unfaßbare Tragödie empfunden wurden. ...

Im Gedenkjahr des 50. Jahrestages der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Terrorangriffe erscheint ein Blick auf die Prinzipien deutscher und alliierter Grundsätze für Luftangriffe von besonderem Interesse. Während die maßgebliche Dienstvorschrift "Luftkriegführung" (L. Dv. 16) in Nr. 186 sagt: "Der Angriff auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen", vertrat der Führer der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, im Unterhaus bereits am 10.11.32 die These, daß das Völkerrecht bei Luftangriffen auf Feindesland keine Schranken bedeuten würde.

Die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die unbestreitbar auch viele Todesopfer unter der Zivilbevölkerung forderten, waren auch nach Einschätzung britischer Experten nach internationalem Kriegsrecht zulässig. Sie bildeten übrigens im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß keinen Gegenstand der Anklage.

- Bekanntlich muß immer wieder Coventry als Beispiel barbarischer deutscher Kriegsführung dienen. Jedoch diese englische Stadt war Zentrum der britischen Luftrüstung, also nach Völkerrecht ein durchaus zulässiges Ziel, wie etwa in Deutschland Essen.

Als "Rechtfertigung" der Terrorangriffe auf Hamburg und Dresden scheidet es also aus, auch wenn linke "Antifaschisten" dies nicht wahrhaben wollen. Es war Churchill, der die Bombardierung großer deutscher Städte forderte, um die Moral der Zivilbevölkerung zu brechen. So waren auch die Verluste unter der Zivilbevölkerung nach amtlichen deutschen und britischen Quellen in Deutschland zehnmal höher als in England.

- Im Gegensatz zu den merkwürdigsten Verharmlosungen deutscher Opfer in Dresden, die für gewöhnlich mit 30-35.000 angegeben werden - die Nachrichtensendung "Heute" vom 13.2. sprach sogar von nur 25.000 Toten - heißt es im Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei, Oberst Grosse, vom 9. März 45 wörtlich:

"Bis zum 2. März abends wurden 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250.000 ansteigen wird."

Die Stadtverwaltung von Dresden bestätigte in einem Brief vom 31.7.92 diese Angaben. Auf erneute Rückfrage zur Überprüfung der Echtheit erklärte sie, sie dürfe keine Zahlen mehr nennen. ...<<

06.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1995 über eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: >>**Keinen Schlußstrich ziehen**

... Der frühere Bundespräsident warnte im Rückgriff auf die alte Rede erneut davor, immer von neuem die Geschichte umzuinterpretieren und zu instrumentalisieren, nur damit die heutige Politik in einem besseren Licht erscheine.

Wie nach dem Ende der Nazi-Diktatur sei es auch nach dem Fall der Mauer gefährlich, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Schlußstriche dürfe es in beiden Fällen nicht geben ...<<

08.03.1995

Tschechien: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse.

Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigt, daß Entrechtung

und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50). Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/43-44): >>... Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hatte die Möglichkeit, der Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen eine rechtsstaatliche Würdigung zukommen zu lassen und eine Wiedergutmachungspflicht auszusprechen.

Die Verfassungsbeschwerde des tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität Rudolf Dreithaler aus Reichenberg gegen das Benesch-Dekret Nr. 108 wurde jedoch verworfen. Dreithaler und zwei Nebenkläger hatten Verfassungsbeschwerde eingereicht mit der Begründung, die "Konfiskation feindlichen Vermögens" verstoße gegen die Menschenrechte und damit auch gegen die tschechische Verfassung.

Vorausgegangen ist dem Urteil ein Besuch des tschechischen Außenministers Zieleniec bei den Richtern, um mit ihnen "unverbindlich" über die Klage zu diskutieren.

Der tschechische Staatspräsident Václav Havel erklärte zweieinhalb Wochen vor der Urteilsverkündung in einer öffentlichen Rede, daß die Benesch-Dekrete unantastbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung bleiben werden. Die Richter nahmen dies alles ohne Widerspruch hin. Es bestehen also Zweifel, ob hier wirklich ein unabhängiges Gericht eine Entscheidung gefällt hat.

In den Gründen des Urteils heißt es, daß eine kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rechtens gewesen sei und aufrecht erhalten werden müsse, da die Sudetendeutschen sich maßgeblich und mehrheitlich an der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beteiligt hätten. Im Schlußabsatz des Urteils vom 8. März ist zu lesen: "

Aufgrund dieser aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war.

Im Hinblick darauf, daß dieser normative Akt schon seinen Zweck erfüllt hat und seit mehr als 40 Jahren keine Rechtsbeziehungen mehr begründet und bereits keinen weiteren konstitutiven Charakter besitzt, kann man heute in der geschichtlichen Situation nicht seinen Widerspruch zum Verfassungsgesetz oder zum internationalen Vertrag gemäß Art. 10 der Verfassung ... untersuchen, weil ein solches Verfahren jegliche Rechtsfunktion vermissen ließe.

Entgegengesetztes Verfahren würden den Grundsatz der Rechtssicherheit in Zweifel stellen, der ja eine der Grunderfordernisse der gegenwärtigen demokratischen Rechtssysteme ist."

Die Brüner legten den Vertriebenen ferner die Pflicht auf, ihre Unschuld zu beweisen. Damit wird die Beweislast in rechtsstaatswidriger Weise umgekehrt. Nach rechtsstaatlichem Verständnis gilt ein Beschuldigter so lange als unschuldig, bis ihm individuelle Schuld nachgewiesen werden kann.

Die Brüner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brüner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.

Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird

man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.

Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<

09.03.1995

Tschechien: Am 9. März 1995 geben tschechische und deutsche katholische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung zur Vertreibungsproblematik ab (x154/20): >>... Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen. Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation und sie trafen die Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1995: >>Die Enteignung ist rechtmäßig

... Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat am Mittwoch die Rechtmäßigkeit eines Nachkriegsdekrets bestätigt, das zu den Grundlagen für die Vertreibung und vollständige Enteignung von 3 Millionen Sudetendeutschen gehört.

Mit dem Urteil in der mährischen Hauptstadt Brünn wurde die Klage eines Tschechen deutscher Herkunft endgültig abgewiesen, der die Aufhebung des Erlasses 108 des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edward Benes vom 25. Oktober 1945 und die Rückgabe eines Hauses durch alle Instanzen verfolgt hatte.

Der Kläger hatte in dem Dekret eine Beeinträchtigung seiner verfassungsmäßigen Rechte gesehen, weil es eine deutsche Kollektivschuld zugrundegelegt und damit die Unschuldvermutung sowie das Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum verletzt hätte. Der tschechische Präsident Vaclav Havel hatte erst vor kurzem die Aufhebung der Benes-Dekrete abgelehnt.

Der Fall war in Tschechien auf großes Interesse gestoßen, weil im Fall eines positiven Urteils die rund 100.000 Tschechen deutscher Herkunft sich eine kleine Entschädigung hätten erhoffen können. Für die deutschen Vertriebenen hätte eine solche Entscheidung jedoch zumindest zunächst keine konkreten Folgen gehabt.<<

13.03.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1995) berichtet am 13. März 1995 über das umstrittene Buch "Auge um Auge" von John Sack: >>Zu heiß zum Anfassen?

"Bis vor kurzem", behauptet der amerikanische Autor John Sack, "war es mir beinahe egal, ob mein Buch 'Auge um Auge' auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen würde oder nicht." Inzwischen ist er anderer Meinung: "Alle möglichen Gerüchte laufen umher, und um der Juden willen, um der Deutschen willen und um der Wahrheit willen muß dieses Buch nun unbedingt veröffentlicht werden."

In nächster Zeit kann Sack, 64, jedoch nicht damit rechnen. Der Münchner Piper-Verlag hat die Auslieferung von "Auge um Auge" im Februar gestoppt, 6.000 bereits gedruckte Exemplare werden eingestampft. In einer Pressemitteilung begründete dies Viktor Niemann, der neue Leiter des unlängst an die schwedische Bonnier-Gruppe verkauften Verlagshauses: "Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen."

Der historische Hintergrund von Sacks "Skandalbuch" ("Die Woche") ist die gewaltsame Vertreibung von fast zwölf Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa im Gefolge des Einmarschs der Roten Armee 1945. Über die Opfer dieser Zwangsumsiedlung wird wenig geredet - vor allem in der Furcht, unbelehrbare Rechte könnten sie zur Relativierung der Nazi-

Verbrechen mißbrauchen.

Zwar legten die Alliierten im Sommer 1945 in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens fest, daß die gigantische Aktion "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollte. Angesichts der Verheerungen eines von Hitler aufgenötigten Kriegs und der brutalen deutschen Germanisierungspolitik im Osten konnte davon jedoch meist keine Rede sein. Der Aufruf des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg "Die Deutschen sind keine Menschen ... Töte den Deutschen" hat dabei traurige Berühmtheit erlangt.

Auch in Polen und den polnisch besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden bereits im Frühjahr 1945 Hunderttausende Deutsche in Lagern und Gefängnissen eingeschlossen, verhört und mißhandelt. Die Nazi-Schergen, die so zur Verantwortung gezogen werden sollten, traf diese Grausamkeit nur selten.

Von den 60.000 bis 80.000 Menschen, die nach der Schätzung des Koblenzer Bundesarchivs zwischen 1945 und 1948 in den bis zu 1.255 Lagern des kommunistischen polnischen Sicherheitsdiensts umkamen oder ermordet wurden, waren die meisten unschuldige Zivilisten, darunter viele Greise und Kleinkinder. Diese Fakten werden auch von John Sack erwähnt, aber "Auge um Auge" ist keine umfassende Darstellung der Vertreibungsgreuel.

Sack, der kein Historiker, sondern Reporter ist, behandelt nur einen regional und zeitlich begrenzten Ausschnitt: Oberschlesien 1945. In Form eines naiv erzählten Doku-Dramas, das die Einbettung in den größeren historischen Kontext vermissen läßt, schildert er die persönliche Geschichte einer jüdischen Überlebenden von Auschwitz: Lola Potok.

Lola ist 24 Jahre alt, als sie dem Vernichtungslager entkommt, in dem zehn Angehörige ihrer Familie, darunter ihr einjähriges Kind, umgebracht worden sind. Durch diese Erlebnisse traumatisiert, sucht Lola Vergeltung. Als Kommandantin eines vom polnischen Sicherheitsdienst eingerichteten Gefängnisses in Gleiwitz übt sie für einige Monate leidenschaftliche Rache, bis sie in einer moralischen Krise, so Sack, "die Falschheit ihres Tuns erkennt und zu Gott und zur Thora zurückkehrt". Bevor sie im November 1945 aus Polen flieht, bemüht sie sich nach Kräften, den internierten Deutschen zu helfen.

John Sack hat diese Geschichte im Jahre 1986 von Lola, die seit langem in den USA lebt, selbst gehört. Und ihr Bericht veranlaßte ihn zu einer siebenjährigen Recherche. Dabei mußte er feststellen, daß es Racheakte von einzelnen Überlebenden des Holocaust nicht nur in Gleiwitz gegeben hatte.

So berichtet er in seinem Buch auch über das mörderische Wirken von Schlomo Morel, dem jüdischen Kommandanten des berüchtigten Lagers Schwientochlowitz bei Kattowitz. Dort fanden zwischen Februar und Oktober 1945 mindestens 2.500 Deutsche unter entsetzlichen Bedingungen den Tod. Die "Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation" hat Morel 1991 zum erstenmal vorgeladen. Der weiteren Untersuchung entzog er sich 1993 durch Flucht.

Laut der von Sack zitierten Schätzung des Sekretärs des Sicherheitsdienstes für Schlesien, Pinek Maka, sind in Oberschlesien, aber nur dort, zeitweilig fast 75 Prozent (rund 160) der höheren Offiziere des kommunistischen staatlichen Sicherheitsdiensts, der die Internierungslager führte, Juden gewesen.

Sack nimmt an, daß die sowjetisch gesteuerte Organisation absichtlich Überlebende des Holocaust auf hohe Posten setzte. Juden waren sowohl Pinek Maka als auch der Direktor der für die schlesischen Gefängnisse und Lager zuständigen Abteilung, Chaim Studniberg. Sie sind neben Lola Potok und Schlomo Morel die Hauptfiguren des Buches. Bis Herbst 1945 hatten die meisten Juden den polnischen Sicherheitsdienst aber bereits verlassen.

Der von dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik geäußerten Überzeugung, die jüdischen Kommunisten des Jahres 1945 hätten eher als Kommunisten denn als Juden empfunden und gehandelt, folgt Sack aber nicht.

Vielmehr zieht er sogar die Greuelthaten in einem als "Hölle von Lamsdorf" bekannt gewordenen Lager, das unter der Leitung eines nichtjüdischen Kommunisten stand, zur Illustrierung von Chaim Studnibergs "jüdischer Rache" heran. Denn Studniberg habe von den Vorgängen in Lamsdorf gewußt und das Lager mehrfach inspiziert.

"Als ich Lolas Geschichte entdeckte", erzählt Sack, "habe ich meinen Rabbi gefragt, was neben meiner Verpflichtung als Reporter meine Verpflichtung als Jude sei." Dessen Antwort: "Du mußt das schreiben, oder du machst dich schuldig."

Sack gehört zu den Veteranen des amerikanischen Journalismus. Der Autor von acht Büchern, darunter das Vietnam-Buch "M", das zum Unterrichtsstoff an amerikanischen Colleges gehört, ist seit über 45 Jahren Reporter. Unter anderem arbeitete er für den "New Yorker", für "Harper's" und "Esquire", ferner als Kommentator und Korrespondent für den Fernsehsender CBS, auch als Kriegsberichterstatte in Korea, in Vietnam und im Irak.

Trotz seiner Reputation als Journalist von "außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" ("The Nation") hatte Sack mit "Auge um Auge" von Anfang an wenig Glück. Mehrere Jahre lang zahlten ihm der Verlag Henry Holt und verschiedene Redaktionen hohe Vorschüsse, finanzierten aufwendige Recherchen und lehnten dann doch alle den Abdruck der Geschichte ab.

Im März 1993 aber druckte schließlich die New Yorker Zeitschrift "Village Voice" den Teil des Buches über Schlomo Morel. "Die Geschichte", schrieb der "New York Observer", sei "einfach zu heiß zum Anfassen". Ein halbes Jahr später wurde Sacks Buch vom angesehenen New Yorker Verlag "Basic Books" unter dem unpassenden Titel "An Eye for an Eye" veröffentlicht. Mit einem lüsternen Untertitel wurde gar der falsche Eindruck einer systematischen jüdischen Racheaktion suggeriert.

Obleich die in den USA renommierte Fernsehsendung "60 Minutes" im November 1993 Sacks Recherchen über Schlomo Morel in einer großangelegten Dokumentation bestätigte, wurde "Auge um Auge" bis auf wenige Ausnahmen in der amerikanischen Presse meist angegriffen oder ignoriert.

Zwar hieß es in der allerersten Besprechung, die in dem kleinen Periodikum PS - The Intelligent Guide to Jewish Affairs aus der Feder des bekannten jüdischen Publizisten Adam Simms erschien: "Von 'Auge um Auge' haben wir nichts zu befürchten, sondern viel zu lernen."

Doch ein Großteil der Kritik wurde vom Verriß eines Assistenz-Professors in Harvard, Daniel Goldhagen, diktiert, der im "New Republic" Sacks Buch eine "reine Erfindung" nannte. Die Zeitschrift Progressive vermutete, Sacks Beschreibung der Ereignisse in Polen wirke unglaubwürdig, weil das amerikanische Bewußtsein über den Holocaust inzwischen von Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" bestimmt sei. In der Schlußszene wird angedeutet, alle Überlebenden seien direkt nach Israel ausgewandert.

Daß die Veröffentlichung von "Auge um Auge" in Deutschland so plötzlich gekippt wurde, haben die großen amerikanischen Tageszeitungen dennoch mit einigem Erstaunen registriert. "Eine einzige Besprechung" - gemeint war der "Antisemitische Rohkost" überschriebene Artikel Eike Geisels in der Frankfurter Rundschau - "reichte anscheinend aus, um den Piper-Verlag zu überzeugen, daß der Ankauf von 'Auge um Auge' ein Fehler war", wunderte sich die "Washington Post" über die Rücknahme des Buches.

Die New York Times zitierte Ralph Giordano ("Das ist der größte Dreck") mit dem Hinweis, daß er das Buch nicht gelesen habe.

In der deutschen Presse wurde Pipers Entscheidung begrüßt. Auch "die Zeit", die im Sommer 1993 noch den Nachdruck von Sacks Artikel aus der "Village Voice" erwogen hatte und deren Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff an Sacks Recherche beteiligt war, befand jetzt, die neue Leitung bei Piper habe "richtig entschieden".

Daß die Zeit ausgerechnet unter der haltlosen Überschrift "SS-Juden" dem Autor Sack Sensa-

tionslust vorwarf und ihm ein hauseigenes Dossier über Schlomo Morel als musterhaftes Gegenbeispiel vorhielt, ist freilich ein Indiz für die Verkrampftheit und sogar Unehrlichkeit der gutgemeinten Argumentation: Die Autorin des Dossiers selbst, die Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, hatte für die Veröffentlichung von Sacks Buch plädiert.

Ähnlich argumentierte der Polen-Experte Klaus Bachmann in der "taz". In der Mitte seines durchaus fundierten Artikels beschied er den Leser, Pipers Rückzug sei "richtig", zum Ende stellte er ihn in Frage: "Vielleicht hätte das schlechte Buch von John Sack ja das Entstehen einiger guter Bücher über die unmittelbare Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen provoziert."

Was der Piper-Verlag mit dem Verzicht auf das Buch verhindern wollte, ist nun - wenn auch unter Ausschluß der Leserschaft - erst recht passiert: In deutschen Feuilletons ist auf der Basis der amerikanischen Ausgabe eine Debatte eröffnet worden, die in die falsche Richtung geht.

Denn ein Großteil der Kritik sucht Sacks Buch ausgerechnet dort aus den Angeln zu heben, wo es nichts zu bezweifeln gibt: bei seinem Wahrheitsgehalt. So unübersichtlich die Anmerkungen und Quellenbelege in "Auge um Auge" auch sind, sie sind vorhanden und haben noch jeder Überprüfung standgehalten.

Sacks Quellen sind nicht nur, wie die Zeit meinte, eine "bloße Summierung von oral history". Vielmehr hat der Autor deutsche wie polnische Akten zur Verifizierung der von ihm eingeholten 150 Zeugenaussagen, darunter 48 am Geschehen direkt beteiligte Zeitgenossen, herangezogen. Besonders gewichtig sind dabei die Verwaltungs-, Prozeß- und Lagerakten aus Gleiwitz, Kattowitz und Schwientochlowitz, die erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen zugänglich wurden.

Als Anfang der fünfziger Jahre fast 30.000 Vertreibungsberichte für eine "Ost-Dokumentation" des Bundesarchivs ausgewählt wurden, hatte man noch davon ausgehen müssen, daß die Vorfälle "aktenmäßig oder aus sonstiger Quelle nicht oder nur unvollkommen zu belegen sind".

Angreifbar an Sacks Darstellung sind nicht die Fakten, sondern Form und Stil. Sack ist ein Vertreter des sogenannten "new journalism", der im Bemühen um Authentizität hautnah aus der Sicht der Betroffenen schreibt und so Geschichte in persönlichen Geschichten faßbar zu machen sucht.

In den USA sind solche "Doku-Dramen" beliebt, auch ein Großteil der amerikanischen Holocaust-Literatur gehört zu diesem Genre. Man werde den Opfern nicht gerecht, wenn man das Grauen nicht direkt spürbar mache, heißt die Devise, die auch im deutschen Historikerstreit zur Forderung wider die kalte Historisierung des Nationalsozialismus wurde. Sack mag daher nicht verstehen, warum die eindringlichen Gewaltszenen in "Auge um Auge" ihm sogar in den USA den Vorwurf des "sadistischen Sensationsjournalismus" ("The Nation") eingetragen haben.

"Auge um Auge" zeigt überdeutlich die Tücken der dramatischen Einfühlung: So sind die Dialoge nicht erfunden, wie die Kritik mutmaßte. Vielmehr geben sie - mit drei Ausnahmen - direkte Aktenzitate oder die auf über 300 Stunden Tonband festgehaltene wörtliche Rede der von Sack befragten Zeitzeugen wieder. Das Problem: Selbst dem gutwilligen Leser erscheinen sie dennoch wie konstruiert.

Sacks Geschichte ist keine Kolportage, aber sie wirkt so. Und dieser fatale Eindruck wird durch die katastrophale Unübersichtlichkeit des Anmerkungssteils noch verstärkt. Hier hätte das Piper-Lektorat zur Glaubwürdigkeit des Buches beitragen können. So aber verliert sich die Richtigstellung der von Lola stammenden verfehlten Analogien etwa von Auschwitz und den polnischen Internierungslagern im Unterholz. "Die Wahrheit", so Sack, "ist freilich, daß sie nur glaubte, wie die Nazis zu werden, dem aber keineswegs so war."

Für ein europäisches Lesepublikum ist "Auge um Auge" aber noch in einer weiteren Hinsicht

schwer erträglich: Sacks Sprache ist unsensibel, voller Klischees und bedient sich frivoler Vergleiche. Seine Personenbeschreibungen führen gelegentlich nach Hollywood: von Humphrey Bogart bis zum Colonel (Oberst) aus "Die Brücke am Kwai", der im Auschwitz-Kapitel auftaucht.

Ebenso nachdenklich macht aber die Aufnahme, die "Auge um Auge" in der deutschen Kritik erfahren hat. Warum wird die Tatsache, daß einzelne Überlebende des Holocaust Vergeltung üben, mit solcher Bestürzung aufgenommen? Schließlich ist das Bedürfnis nach Sühne und Rache für erlittenes Unrecht ein sehr menschliches Phänomen. Und wer sonst hätte je Grund zur Vergeltung gehabt, wenn nicht die jüdischen Überlebenden des Holocaust?

Bei der Rache an den Deutschen, schrieb Walter Dirks schon 1947 in den Frankfurter Heften, handle es sich um "schreckliche Folgen schrecklicher Taten". Anscheinend gerät hier aber die heimliche Vorstellung jener ins Wanken, die sich die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, aber auch die Überlebenden, als willenlose, passive Geschöpfe vorstellen wollen.

Auf jeden Fall war es ein waghalsiger Schritt des Piper-Verlags, Sacks Buch den Untertitel "Opfer des Holocaust als Täter" zu geben. Schließlich gehört zur deutschen Verarbeitungskultur die ebenso unmenschliche wie mystifizierende Forderung, alle Juden müßten makellose Heilige sein. Dies freilich ist nur die zynische Logik eines umgedrehten Antisemitismus: so als könne es die deutsche Schuld an Auschwitz in irgendeiner Weise relativieren, wenn auch nur ein Jude die ausschließliche Opferrolle verläßt.

Aber auch die irreführende Anständigkeit jener, die Sacks Buch als revisionistische Gefahr verdammen, enthüllt eine fatale Verwandtschaft. Ewiggestrige wie eilfertige Warner scheinen beide anzunehmen, daß eine Relativierung des Holocaust überhaupt möglich sei.

Sacks Buch ist mißglückt. Gefährlich ist es aber sicher nicht. Nach dem überstürzten Rückzug des Piper-Verlags liegt die Gefahr nun vielmehr darin, daß sich rechte Hetzer des Themas bemächtigen. Der einzige Ausweg aus diesem Verwirrspiel mit guten Absichten wird sein, daß "Auge um Auge" vernünftig lektoriert und dann doch publiziert wird.

Bis der Piper-Verlag am 30. April die deutschen Rechte am Buch zurückgeben muß, sieht sich Sacks Agent schon einmal nach einem anderen Verlag um. Das prompte Angebot des neokonservativen Hauses Ullstein Langen Müller hat der Autor aber abgelehnt.

"Nachdem bereits die linksliberale Presse behauptet hat, daß meine Botschaft 'Juden gleich Nazis' sei", fürchtet der endlich etwas ernüchterte Sack, "würden das die Rechten wohl erst recht tun, und dann könnten die Deutschen niemals erfahren, wovon mein Buch wirklich handelt." In Polen und Italien soll "Auge um Auge" demnächst erscheinen. ...<<

18.03.1995

BRD: Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, berichtet am 18. März 1995 in seiner Rede vor der Bundesversammlung (x159/26): >>... (Vaclav Havel) hat sich vermeintlichen innenpolitischen Zwängen angepaßt, er hat Moral und Recht tagespolitischen Erwägungen geopfert. ...

Das Urteil des Brünner Verfassungsgerichtshofes (versperrt) den Weg in die Europäische Union. ...

Die tschechische Seite muß gar nicht die Hand ausstrecken, sie muß nur unsere – seit Jahrzehnten zur Versöhnung ausgestreckte Hand – ergreifen und nicht wegstoßen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1995: >>**Kinkel: Prag muß Rücksicht auf Sudetendeutsche nehmen**

Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) setzte sich in einer Regierungserklärung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses ein: Der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen müsse durchbrochen werden.

Die Rede ist in Bonn als Antwort auf eine Erklärung des tschechischen Staatspräsidenten Vac-

lav Havel vom 17. Februar verstanden worden. Vor der Prager Karls-Universität hatte Havel die Vertreibung der Sudetendeutschen als "Nachkriegsaussiedlung" bezeichnet und jede materielle Entschädigung ausgeschlossen. ...

SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen warf der Bundesregierung vor, sie habe die überfällige deutsche Geste gegenüber tschechischen Opfern der Nationalsozialisten mit Zugeständnissen gegenüber den Vertriebenen verknüpft und habe sich damit das Junktim "sudetendeutscher Scharfmacher" zu eigen gemacht. Ein Teil der Landsmannschaft blockiere die Aussöhnung mit unrealistischen Forderungen nach Rückgabe enteigneten Besitzes, sagte Verheugen.

Zeitgleich mit der Rede Kinkels wurden Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bekannt, der die sudetendeutsche Frage als abgeschlossen, "wie die österreichisch-ungarische Monarchie" bezeichnet.<<

19.03.1995

BRD: Die sudetendeutsche Bundesversammlung erklärt am 19. März 1995 (x159/26-27):
>>Wir Sudetendeutsche haben uns in den vergangenen 50 Jahren bemüht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und bieten erneut – gerade 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – dem seit fünf Jahren freien tschechischen Volk die Hand zur Versöhnung.

Begangene Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte müssen, soweit dies möglich ist, mit friedlichen, rechtstaatlichen Mitteln wiedergutmacht werden. Damit wird der Weg frei, um eine Partnerschaft zwischen den Völkern und Volksgruppen im Herzen Europas aufzubauen.

Was immer geschehen sein mag: Die Zukunft in Europa gehört jenen, die den Mut aufbringen, Haß, Chauvinismus und Intoleranz zu überwinden und gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen. ...<<

22.03.1995

BRD: Milan Uhde (Vorsitzender des damaligen tschechischen Abgeordnetenhauses) erklärt am 22. März 1995 während einer Rede zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse (x154/21):

>>... Erst nach November begegnete ich als Kultusminister der Tschechischen Republik und Mitglied der Regierungsdelegation bei dem ersten Auslandsbesuch, der nach dem nachbarlichen Bayern führte, auf Anregung des Gastgebers, Herrn Ministerpräsidenten Streibl, einer kleinen Funktionärsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft und hörte die Meinung, daß wir als Tschechen gerade jetzt, wo wir das Recht, die Demokratie und den Europaeintritt anstreben, den einstigen Bürgern der Tschechoslowakei, die im Jahre 1945 ihre Heime massenhaft zu verlassen gezwungen wurden, etwas wesentliches schuldig sind.

Alle Mitglieder der tschechischen Delegation hörten nicht nur den Appell zur Versöhnung und zur ethischen Reinigung von all dem Bösen, was von den beiden Seiten begangen wurde, sondern auch eine Forderung nach der materiellen Entschädigung der betreffenden deutschen Vertriebenen, eine Forderung, ihnen den Besitz und das Recht auf Heimat in Form der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik zurückzugeben. Es ist mir klargeworden, daß uns keiner der Pflicht, uns diesen Forderungen zu stellen, entheben wird. ...<<

26.03.1995

Belgien: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal schaffen aufgrund des Schengener Abkommens am 26. März 1995 die Personenkontrollen an den Binnengrenzen ab.

27.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1995: >>Es bleibt das Gefühl des Verrats

... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen

der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.

... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild.

... Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Barbara Loeffke, ... vermißte den "Aufschrei" in Deutschland bei der Unterzeichnung der Ostverträge in den 70er Jahren und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages 1990. "Es bleibt das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", meinte die stellvertretende Landesvorsitzende zum Aussöhnungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu diesem Zeitpunkt war Fritz Wittmann, Präsident des BdV, schon gegangen. Mit Blick auf die Debatte um die Ansprüche vertriebener Sudetendeutscher hatte der BdV-Präsident die tschechische Republik gemahnt, es werde "kein einvernehmliches Nebeneinander und keine tragfähige Verständigung geben können, wenn auf einer Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausgeblendet wird. Es gibt keinen Schlußstrich unter die Geschichte.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über die erfolglosen friedlichen Proteste der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... Homo homini lupus est. Diese traurige Maxime prägt immer noch unsere geschichtliche Erfahrung. Dies haben die Römer bereits vor zwei Tausend Jahren festgestellt. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Und dennoch muß man versuchen, sich anständig und ethisch zu verhalten. Wie die christliche Lehre uns empfiehlt: Vergeben, um vergeben zu werden.

So der Hochkommissar Ayala Lasso in der Paulskirche (28. Mai 1995): "In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu sprechen kommen. Es ist gut, daß Menschen, die Unrecht gelitten haben, bereit sind, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu brechen, und sich auf friedlichen Wegen für die Anerkennung des Rechtes auf die Heimat und für den Wiederaufbau und die Integration Europas zu arbeiten. Eines Tages wird dieses Opfer besser gewürdigt werden."

Die deutschen Vertriebenen haben diese Worte vor mehr als 9 Jahren vernommen. Ich frage mich nun heute: Wie lange werden wir noch warten müssen, bis die Politiker, Journalisten und Historiker jene Friedensleistung der deutschen Vertriebenen anerkennen?

Wie lange muß man in Deutschland warten, bis die deutsche Regierung diese Leistung würdigt? ... Das Recht auf die eigene Geschichte und auf die eigene Heimat existiert. Es darf kein leeres Postulat sein. Jedoch wirken manchmal gewaltige Kräfte dagegen – Kräfte, die wir unter dem allgemeinen Begriff des Zeitgeistes wiederfinden – in der Politik des Schweigens, der Desinformation, der Satanisierung, der Erpressung, der Anpassung, ja, auch in der Politik des billigen Opportunismus. ...<<

29.03.1995

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt am 29. März 1995 über die nicht selten böartigen Berichte zum 100. Geburtstag des Schriftstellers Ernst Jünger (x268/162): >>... Dem eifrigen Zapper eröffnet die Berichterstattung zu Ernst Jüngers Hundertstem dieser Tage spannende Einblicke. So präsentierte das ZDF-Magazin "Frontal" einen Brief Roland Freislers über Jünger, von dem schon 1993 nachgewiesen wurde, daß er gefälscht ist. Ein Blick ins Zeitungsarchiv hätte darüber schnell Auskunft gegeben. ...

Man mag heute über Jünger denken, was man will: Die aktuelle Berichterstattung über ihn ist nur in einem Milieu umfassender Desinformation möglich.<<

März 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>Selektives Gedenken

... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind? Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.

Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezeichnung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen (darunter nicht wenige Priester)?

Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...

Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?

Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauer Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs).

Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."

Amerikanische Soldaten (bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab) hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.

Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder (von Ost und West) gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragenskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes.

Es stand damals - nicht ohne die Schuld (Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand) und Dummheit (Roosevelts Plan eines Weltkondominiums mit Stalin und Desinteresse an Europa. Verzicht auf den politischen Einsatz des Alleinbesitzes der Atombombe 1945) hoher Politiker vor einem elementaren Dilemma: Stalin Deutschland und damit Europa auszuliefern, was die Westmächte, als sie in großer Torheit und unter Eisenhowers Befehl an der Elbe haltmachten (die deutschen Truppen kämpften nicht mehr gegen sie), wissentlich insoweit zuließen, oder bis zum opferreich bitteren Ende für Deutschland und Europa weiterzukämpfen.

Mit den Deutschen sahen das auch 600.000 Freiwillige aus ganz Europa so, darunter Russen (unter General Wlassow), Kosaken u.a.m., die hervorragend kämpften: z.B. in Pommern die Wallonen, in Berlin 1945 die Franzosen ...

Der zerreißen Konflikt, den gerade auch gläubige Menschen, die wahrhaft innigst ein Ende dieses sozialdarwinistischen, und damit strukturell verbrecherischen Regimes ersehnten, ist treffend vom ersten Bundespräsident Theodor Heuß herausgestellt worden:

"Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Weil das eine nicht ohne das andere zu erreichen war. Und man muß hohe Achtung vor denjenigen haben, die sich bis zum Schluß opferbereit eingesetzt haben, um noch zu retten, um noch Schlimmeres zu verhindern.

War nun alles sinnlos? Im persönlichen Schicksal, im Leben des Volkes, so im geschichtlichen und tieferen Ideenkampf erheben sich für den Gläubigen wahrhaft quälende, bittere, nachhaltig schmerzende Gedanken. Die Hl. Schrift beschreibt gelegentlich die Geschichte der Völker und Kulturen, gleichsam hinter dem äußeren, oft katastrophischen Geschehen, als ein gewaltiges "Spiel", bei dem die Akteure und die Opfer etwas bewirken, was jenseits ihres jeweiligen Horizonts gewollt wurde.

Europa wurde schließlich, durch den Verrat von Jalta und Potsdam nur teilweise, seit 1989 fast ganz, gerettet. Bis 1945 und danach hat daran - jenseits der Motive - Deutschland einen hervorragenden Anteil. Schon 1919 durch das Scheitern der kommunistischen Revolution in Deutschland, die Europa ins Wanken gebracht hätte (Vgl. die kenntnisreiche, wengleich parteiisch prorevolutionär eingestellte Studie von Sebastian Haffner, "Der Verrat, 1918/19 - als Deutschland wurde, wie es ist" ...).

Adenauers klare Entschiedenheit, die Unverführbarkeit der Deutschen durch den Bolschewismus hat Europa, wo Italien, Frankreich, Spanien insofern tief gefährdet waren, stabilisiert. Die friedliche Revolution von 1989 hat dieser epochalen Widerstandskraft das befreiende Siegel aufgedrückt. In und hinter allem waltet ein letzter Ausgleich. Davon ist der gläubige Mensch überzeugt, der nicht - wie heute weitgehend - die Eschatologie ausklammert, beschweigt, umdeutet, aus Verkündigung und Unterricht ausschließt (siehe das empfehlenswerte Büchlein von Georg Scharf "Frohbotschaft oder Drohbotschaft?" ...).

Die großen Wirklichkeiten von Schuld, Sünde, Sühne, Segen oder Fluch, Gericht und Vollen- dung müssen uns auch im April/Mai 1995 Fundament und Gehalt jenes lauterer Gedenkens sein, das unter dem Zeichen des Kreuzes und in Osterhoffnung zur Haltung würdiger pietas reift.<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>**Die Linke ist noch nicht am Ende**

Der Kampf geht weiter

Ich habe hier schon einmal über die "Linke" geschrieben, sollte aber dennoch wiederholen, wie man die Begriffe "links" und "rechts" einordnen muß, vor allem, um zu vermeiden, daß man behauptet, sie berühren sich in ihren Extremformen.

Das wird gerne mit wissendem Augenaufschlag in Diskussionen wiederholt, doch extrem kalt ist völlig anders als extrem heiß, extrem nah als extrem fern, extrem groß als extrem klein. Wer nun darauf besteht, daß in der politischen Arena rechts nahezu links sei, weiß nicht, was diese beiden Begriffe in der Tat vertreten. Auch kennt er vielleicht nicht den Unterschied zwischen wirklichen Feinden und bloßen Konkurrenten. Der Bierbrauer, der ein dunkles Bier herstellt, ist ein Konkurrent jenes, der entweder auch ein dunkles oder vielleicht auch ein helles Bier zusammenbraut. Sein wirklicher Feind ist jedoch der propagandistisch aktive Antialkoholiker. Das schließt freilich nicht aus, daß manchmal der Konkurrent mehr gehaßt wird als der Feind.

Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.

Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden. Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.

- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen la sinistra die Linke, il sinistro den Unglücksfall bezeichnet, was in den uraltaischen, semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments.

In den Parlamenten war es einst die Opposition, die auf der Linken saß. Es war also das "Nein", das links zur Geltung kommen sollte. Das änderte sich aber ein wenig mit der Zeit und links und rechts erhielten ein weltanschauliches Profil, vertraten aber weiter das JA und NEIN, diesmal aber zur natürlichen Ordnung. Die Linke bestand zur Schöpfung auf dem NON SERVIAM.

Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße.

Aber wo steht die Linke heute, was strebt sie im Einzelnen an, was sind ihre Nah- und Fernziele? Sie vertritt nicht eine weltweite "Verschwörung", sondern denkt und handelt ganz "automatisch" unter dem Einfluß des "Bösen", auf den sich ja unsere letzte Vaterunser-Bitte deutlich bezieht.

Durch den Sturz des "Sozialistischen Vaterlandes" (UdSSR) in noch größere Armut, Verlust eines guten Teiles ihres Imperiums, steigendem Verbrechen und Schwindens ihres Ansehens ist dem orthodoxen Marxismus, der in Wirklichkeit schon längst als ein wirtschaftlicher Un-

sinn erkannt worden war, doch ein Todesstoß versetzt worden. Das schadete vielleicht einem Teil der Linken, der sich Marx verschrieben hatte. Das Herzstück des Marxismus war eine Wirtschaftstheorie, und dieses Herzstück versagte völlig.

- Man darf da nicht vergessen, daß Marx ein vom Haß lodernder Ignorant war, der nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt hatte, die Arbeiter als "Knoten" und "Straubinger" verachtete und in ihnen lediglich seine Handlanger in einer von ihm ersehnten und heraufbeschworenen Götterdämmerung sah, in der Staat, Gesellschaft, Moral und Religion untergehen sollten. Wer nicht seine Gedichte kennt, soll über ihn auch nicht reden. Nur so kann man den Charakter und die Psyche dieses parasitär lebenden amoralischen, noch vor dem Nationalsozialismus die "Emanzipation der Menschheit vom Judentum" fordernden, haßgequälten und größtenwahnsinnigen Neiders voll erfassen.

Welch Leid er angerichtet hatte, kann man nicht einmal in Europa voll erfassen. Da muß man auch China und Vietnam unter die Lupe nehmen. In Chinas Quangxi Provinz mußte man, um nicht als "Gegenrevolutionär" in Verdacht zu geraten, die Leichen der ermordeten "Klassenfeinde" buchstäblich auffressen. In Vietnam wurden Priester lebendig begraben - alles Untaten der doch ideologischen Verwandten unserer ehrenwerten, doch ganz wohlerzogenen Sozialdemokraten mit Nadelstreifenanzug und Modekrawatten.

Wie man sieht, hat der Marxismus ein sehr breites Band – von der "gastronomischen Demokratie" bis zum kultivierten roten Großbürgertum. Aber die Linke hat eine noch viel, viel größere Bandbreite und der sozialistische Flügel ist heute bereit, Staatsunternehmen zu verhöckern, zu "privatisieren". Das tun nicht nur "Sozialdemokraten" im Westen, sondern selbst Kommunisten in China in einer brutalen kapitalistischen "sozialistischen Marktwirtschaft".

(Das erinnert an die Worte von Konfuzius: "Wenn der Sinn der Worte verfälscht wird, verlieren die Völker ihre Freiheit".)

Ist 1989 also ein ganz großer Schlag für die Linke gewesen, der jetzt den guten Leuten auf der Rechten erlaubt, sich zur Ruhe zu begeben? Davon kann keine Rede sein, denn die Linke ist nun endlich ihre zwei größten Hypotheken losgeworden: den Köhlerglauben an den Staatskapitalismus (der richtige Name für den Sozialismus) und die friedensbedrohende UdSSR mit ihren Gulags und anderen Greueln.

Die Linke kann nun den liberaldemokratischen Staat bejahren, in seinem Rahmen sich voll ausleben und in diesem zu neuen, höchst "populistischen" Eroberungen schreiten.

Sie stellt eine Anthropolatrie dar, welche die "Stadt des Menschen" an die Stelle der "Stadt Gottes" setzt und überzeugt ist, daß die Hoffnung auf ein Jenseits, in dem alle Tränen des Menschen getrocknet werden eitel sei, denn nur so kann dank des "Fortschritts" und kluger menschlicher Anstrengungen schließlich das Paradies auf Erden verwirklicht werden. Wenn Marx alle Religion ein "Opium des Volkes" nannte, so drückte dieser fatale Ökonomist eine ganz allgemeine "horizontale" linke Überzeugung aus.

Man glaubt aber auf der Linken, daß man zumindest diesem Ziel nahe kommt, wenn man innerhalb des Rahmens des liberaldemokratischen Staates (der doch für Gleichheit, Freiheit, Mehrheitsherrschaft und weltanschauliche Neutralität einsteht) durch Propaganda, Überredung, kluge publizistische Planung und die Eroberung von Schlüsselstellungen in den Medien und in den Schulen über die Kräfte der Finsternis, der Reaktion und der Ausbeutung siegen kann. Eine Diktatur sei dafür gar nicht notwendig. Auch nicht der Staatskapitalismus. Für eine "sanfte Revolution" genüge doch die Zersetzung der dunklen Kräfte der Reaktion und die einmal gewonnene Majorität des Volkes in freien Wahlen.

Nun gibt es in den heutigen Liberaldemokratien immer noch überlebende Einrichtungen - staatliche, gesellschaftliche, kirchliche - und gegen diese kämpft die Linke gar nicht so erfolglos, denn sie arbeitet mit "klaren, aber falschen Ideen", um einen Ausdruck Tocquevilles zu gebrauchen. Die Linke kommt mit schönen, paradiesischen Versprechungen, sie appelliert an

den "gesunden Menschenverstand" (d.h. volkstümliche Vereinfachungen) und selbstverständlichen auch an rein physische Triebe vom Sexus bis "hinauf" zur materiellen Sicherheit.

Der Kirche und Familie wird der Sexshop und das "Sozialnetz" entgegengesetzt. Auch die Gleichheit muß betont werden, denn Ungleichheit wirkt "bedrückend", Respekt oder Autorität kann eine Fessel bedeuten. Selbst alle Idoneität, alles Wissen muß "hinterfragt" werden. Jedermann kann über Jegliches ein Urteil fällen. Menschen werden arithmetische Begriffe, die sich addieren oder subtrahieren lassen.

- Dahinter steht freilich doch - völlig uneingestanden – die Idee des Allmächtigen Staates, der mit "flachen", horizontalen, gut übersichtlichen Massen von gläsernen Menschen diese leicht übersehen, durchschauen, kontrollieren und gängeln kann. Natürlich sollten diese armen Leute glauben, daß sie "Individualisten" wären und das sind sie auch gewissermaßen.

Aber schon Maritain hat auf den Unterschied zwischen "Individualismus" und "Personalismus" hingewiesen. Ein "Individuum" ist, wie schon der Name ("Unenteilbares") besagt, der kleinste, unteilbare Bestandteil eines Haufens, zum Beispiel das Sandkorn in einem Sandhaufen. (Daher wird das Wort "Individuum" in mehreren Sprachen als Ausdruck der Verachtung gebraucht.) "Person" aber kommt vom etruskischen PHERSU, der Maske des Schauspielers auf der Bühne und steht daher für eine einzigartige und unübertragbare Rolle. Die Linke ist eben nicht personalistisch, sondern auf individualistische Weise kollektivistisch. Dem arithmetischen Individuum steht die algebraische Person gegenüber. Eins und eins sind zwei, aber $a + b$ ergeben auch nur $a + b$.

Also will ho poneros, der Böse, die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben (und nicht woanders, in Gott), selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.

- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen (nahen, nächsten, fernen und fernsten) und selbstverständlich auch zu Gott. ("Vor Gott sind wir alle gleich." Was? Judas Iskariot und Johannes der Täufer gleich vor Gott? Das jüngste Gericht eine Orgie der Gleichheit? Wird da ein gleiches Urteil über die Heiligen Helene, Hemma und Hildegard wie über den selbstmörderischen Mörder Heinrich Himmler gefällt werden?)

Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen, die Liebe in allen ihren Formen des Eros, der Philia und der Agape und schließlich auch der Sexus. In allen utopisch-kritischen Romanen

- Aage Madelung "Zirkus Mensch", Aldous Huxleys "The Brave New World", George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen.

- In meinem utopischen Roman "Moskau 1997" kommt der Teufel vor. Er hat die Identität eines toten Polen angenommen und spielt als hoher Beamter eine politische Rolle, doch der geheime Erzbischof Sowjet-Eurasiens kann mit ihm, der sich eitel als "brillanten Geist", als lichtbringender Luzifer gebärdet, ganz offen reden.

"Es ist eine eigenartige Sache", bemerkte Uljan (der Erzbischof) nachdenklich, "aber wenn Sie einen Menschen oder die ganze Menschheit angreifen, dann konzentrieren Sie meistens ihre ganze Kraft und Bosheit auf die Sinnlichkeit und Geschlechtlichkeit. Das ist so billig. Eigent-

lich sind Sie ein kleinlicher Geist. ..."

"Ich bin nicht kleinlich!" schnappte der andere zurück. "Ich bin lediglich radikal. 'Radikal' heißt eigentlich, von der Wurzel her. Und das Geschlechtliche ist die Wurzel alles Lebens. Nichts befriedigt mich mehr als den Urtrieb, neues Leben und damit Seelen zu zeugen, in finstersten Schmutz zu verdrehen. Ich hasse diese Menschenkinder, die am Schöpfungswerk Gottes teilnehmen dürfen. Zumindest ist es mir ein Trost, wenn die Menschen Gott einen Schabernack treiben. ... Ich will die Schöpfung nicht! Und wenn ich sie nicht schon vernichten kann, dann soll sie wenigstens umgebogen, umgefärbt, verzerrt werden!"

Das satanische Element in der Linken ist das "Flachtreten" der Menschheit, in der jedes "Individuum" ersetzbar und auswechselbar ist - eben wie die Ameise im Ameisenhaufen. Das kann man leicht mit anonym wählenden NSDAP oder PDS-Wählern vor den Urnen machen, aber nicht mit der Familie, in der Großeltern, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, ja auch Onkel und Tanten völlig verschiedene Funktionen haben. Da spielen natürliche Zuneigungen eine Rolle: die Freundschaft-in-der-Verwandtschaft (die C. S. Lewis the affections nannte), vor allem aber die Sehnsucht nach dem Kind, die Eros-Liebe und die mit ihr nicht identische Geschlechtlichkeit.

Es sei hier nebenbei vermerkt, daß ein guter Teil dieser "familistischen" Schau in unserem patriarchalen Glauben als auch in der Kirchenstruktur vertreten ist und in der alten politischen Ordnung der Christenheit eine sehr wichtige Rolle spielte. Das mag auch in einer wieder personaler werdenden Kultur erneut der Fall sein. Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalter. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.

Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die "Perversio", wenn nicht Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. (Mit der Agape kann sie sowieso nichts anfangen, außer sie vielleicht in eine unpersonliche Menschheitsbegeisterung entstellend aufzublasen). Sie spürt ja auch genau, wer dahinter steht: Gott-Vater wenn nicht gar die Himmelskönigin mitsamt der Heiligen Familie. Und die Linke erinnert sich wahrscheinlich auch daran, daß einmal Könige als Väter des Vaterlandes betrachtet wurden ... allerdings vor dem Zeitalter des "Nationalismus" und "Internationalismus". ...

Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. Zwischen der Eros-Liebe und dem Sexus kann es eine Harmonie geben, aber zumal auch einen Gegensatz. Wie ich in meinem umfangreichen Buch über die Liebe schrieb.

Es mag ein Mann eine Frau begehren, aber nicht lieben, lieben, aber nicht begehren oder auch beides tun. Was zwischen einem brutalen Notzüchter und einer Frau geschieht kann man doch keinen "Liebesakt" nennen! Sicher aber ist es, daß ein Zeitalter ungebundener Sexualität der wahren Liebe höchst abträglich ist und Don Juan oder Casanova kein echtes Liebesleben, sondern lediglich eine Sexualexistenz führte. Das wußte auch der weitgehend verkannte Freud, der dem Christentum und seiner Askese dankte, daß durch sie am Ende der Antike der Eros vor dem überwuchernden Sexus gerettet wurde.

- Nun aber ist der Eros viel mehr als der Sexus auf die Ehe gerichtet, wer also der Sexualität tierisch verfällt ist kein idealer Ehepartner. (Diese Dichotomie zwischen Eros und Sexus ist bei Männern zumeist ausgeprägter als bei Frauen, die oft sträflich und naiv glauben, daß ihre leibliche Hingabe einen von ihr geliebten Mann "fesseln" wird. Auch die Prostitution "lebt"

von dieser männlichen Spaltung).

Tatsächlich aber ist die Unkeuschheit nicht notwendig die schwerste Sünde, wohl aber eine Hauptsünde, denn mit ihr sind wieder kausal und psychologisch zahlreiche anderen Sünden, wenn nicht gar Verbrechen verbunden. Die Linke ist daher schon seit jeher bestrebt, alle sexuelle Kriminalität, soweit es geht, im Strafgesetzbuch zu streichen. (Dazu gehört am Rand der Mord an den Ungeborenen, denn seine Verfolgung "hemmt doch das Liebesleben.")

Kurioserweise dehnt sich diese "Toleranz" noch nicht auf den Lustmord aus. (Ob die schon beantragte Entkriminalisierung des Inzests in Schweden Erfolg hatte, ist mir unbekannt.) Daß die Unzucht den Charakter untergräbt ist ebenso selbstverständlich wie daß sie zum Untergang der Völker führt, was auch dem sehr kirchenfeindlichen Ernest Renan einleuchtete).

Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern (mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters) oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau.

So haben die Ehepartner nunmehr in Österreich und Deutschland das Recht, für sich und auch für ihre Kinder den Familiennamen zu wählen, womit das patriarchale Element (wesentlich in der christlichen Ehe) in Frage gestellt und die Familie gesichts- und geschichtslos gemacht wird". Auch wurde in Österreich die von den Nationalsozialisten eingeführte bismarcksche Zwangszivilehe absichtlich belassen. Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".

Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. Das geht heute aber so weit, daß wir von Klerikern beider Konfessionen hören, die homosexuelle Pärchen "trauen" wollen und von Gesetzgebern, die es solchen Paaren gestatten wollen, Kleinkinder zu adoptieren und somit ihren problematischen "Lebensstil" übertragen können. Tatsächlich ist nur ein winziger Prozentsatz der Homosexuellen genetisch so unglücklich veranlagt und die ganz überwiegende Mehrheit erst später durch Erlebnisse und Eindrücke psychisch erkrankt (und deshalb auch zum Teil heilbar).

- Homosexualität ist weitgehend ein kulturelles Problem und unsere Sexualität (wie der Eros) "Moden" unterworfen. Die Objekte der Liebe wie auch des Begehrens variieren sowohl zeitlich als auch geographisch. Die ideale Frau für Rubens sah anders aus als für die Photographen unserer Modezeitschriften. Bei allem Mitleid, das wir für die vom Schicksal so geschlagenen Menschen haben müssen (denn die Liebe zum anderen Geschlecht ist so bereichernd), wird ein gesundes Volk wegen der Plastizität von Eros und Sexus der Homosexualität kein "Öffentlichkeitsrecht" geben.

Sie ist dank unseres erbsündlichen Status' in gewissem Ausmaß "ansteckend" und kann sogar "gezüchtet" werden. Doch war die Homosexualität immer schon ein Politikum, und Thomas Mann in seinem revolutionären (Buch) "Von deutscher Republik" (1924) berief sich in seiner linken Argumentation auf den Barden der amerikanischen Demokratie, Walt Whitman, und unterstrich dabei dessen "kameradschaftliche" Homosexualität, was uns freilich bei unserem heutigen Wissen über Thomas Mann nicht mehr wundern sollte. Er flirtete nach seiner Rückkehr aus dem Exil mit der DDR und stand somit für eine totale "Horizontalität".

Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".

Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".

Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und

darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.

Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.

Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch.

Schon das Wort "Unterschied" erfüllt sie mit Verdacht. Es ist überhaupt ein Wunder, daß Linke nicht - noch nicht! - gegen das getrennte Auftreten von Männern und Frauen bei sportlichen Wettbewerben protestiert haben. (Dahinter stünde vielleicht die Angst, daß dabei die Frauen schlechter abschneiden könnten und Gruppenunterschiede sind nun einmal "undemokratisch". Schließlich ist auch jedermann, der behauptet, daß die Ibos intelligenter sind als die Yorubas oder die Tutsis längere Beine haben als die Bambutis, ein "Rassist")

Doch wendet sich die Linke organisch zusammenhängend gegen die Rechte, d.h. das Rechte, Gerechte und Richtige, also auch gegen Gott, Gottes Wort und die natürliche Ordnung. Sie ist bewußt Menschenvergötzung und vertritt daher einen rein menschlichen "Konstruktivismus" (um einen Ausdruck Poppers und Hayeks zu gebrauchen) und dieser ist von den ewigen Wahrheiten sternweit entfernt. Das aber führt ganz automatisch zum Untergang.

- Wer aber zweifelt, daß in der linken Position ein echter innerer ideologischer Zusammenhang besteht, sollte sich eine wahrhaft ekelhafte Szene aus dem französischen Film "Letzter Tango in Paris" zu Gemüte führen.

Da sehen und hören wir einen verzweiferten Wüstling, der ein widerstrebendes Mädchen in einem schmerzhaften und perversen Sexualakt dazu zwingt, zu gestehen, daß sie mit Gott, Glauben, Ehre und Vaterland nichts mehr zu tun haben wolle. Sie will ihm nicht gehorchen, aber sie gibt schließlich stammelnd, vom Schmerz überwältigt nach. (Unwillkürlich ist man erfreut, daß sie ihn bald darauf erschießt.) Diese wahrhaft satanische Szene – noch grausiger als die übrigen - beleuchtet mit grellem Licht die politische Szene nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt.

Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.

"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<

06.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>>Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<